

Die Politik, der Mais und der Preisschock

19. September 2007 | von Dr. Ulrich Bauer



Dr. Ulrich Bauer, früherer Dozent, heute Bürgermeister von Kambs

VORBECK - Wenn man die Straßen in unserer Region entlang fährt, entsteht der Eindruck, der Mais ist die am meisten angebaute Fruchtart. Dabei ist der Mais keine hei mische Pflanze. Nach der Entdeckung Amerikas kam der Mais, der in Mittel- und Südamerika schon 4000 Jahre als Kultur angebaut wurde, nach Portugal. In Deutschland begann man sich erst 300 Jahre später für den Mais zu interessieren und sein großes Ertragspotential zu erkennen.

Besondere Förderung erfuhren die Maiszüchtung und der Anbau zu Futterzwecken ab 1933 durch den Reichsnährstand als Teil der "Ernährungsschlacht" im Rahmen der Vorbereitung des 2. Weltkrieges. In der DDR übte die Politik mit Entstehung der ÖLB (östliche Landwirtschaftsbetriebe, die die freien Flächen bewirtschafteten, insbesondere von Bauern, die nach dem Westen gegangen waren) und den LPG mit der Forderung zum Mais anbau auf mindestens zehn Prozent der Ackerfläche enormen Druck aus. Einige östliche Funktionäre forderten bis 15 Prozent, nachdem der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow sich in den USA von den Erfolgen des dortigen Maisanbaues überzeugt hatte.

Verbreitet wurden Propagandasprüche wie z.B. "der Mais, der Mais - das ist die Wurst am Stängel". Damals waren aber die Kenntnisse über den Maisanbau noch gering, die Sorten weniger geeignet, keine wirksamen Herbizide zur Unkrautbekämpfung vorhanden. Wer den Maisanbau kritisierte, galt als Staatsfeind der DDR. Aus der "Wurst am Stängel" wurde nichts. Zusammen mit weiteren politischen Fehlern entstanden Versorgungsprobleme. Um 1960 gab es Fleisch nur am Wochenende in den Läden, Schlagsahne gar nicht und Butter nur nach Einschreiben in der örtlichen Verkaufsstelle.

Mais bereits auf 20 Prozent der Anbaufläche Später verbesserte sich die Situation, der Maisanbau ging auf etwa 7,5 Prozent der Ackerfläche zurück und wurde zum stabilen Faktor in der Rinderfütterung.

So blieb es bis vor zwei Jahren, bis die Bundesregierung das "Erneuerbare-Energien-Gesetz" beschloss. Der Mais wird darin nicht erwähnt, aber die Förderung des Anbaus und die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe für die Energieerzeugung durch Subventionen erheblich gefördert. Ziel ist die unbedingt notwendige Reduzierung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase. Neu sind die Bestrebungen nicht, man denke an die Ökosteuer zur Minderung des Kraftstoffverbrauches, die Vorgaben an die Industrie, das Bemühen der Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene, die Bereitstellung des Drei-Liter-Autos usw. Die Erfolge blieben jedoch bescheiden.

Nun sollen sich die Landwirte zu Energiewirten entwickeln und das politische Ziel, den Ausstoß klimaschädlicher Gase bis 2030 um 40 Prozent zu senken, erfüllen helfen. Nutznießer ist der Mais, der bereits eine erhebliche Anbauausweitung auf derzeit etwa 20 Prozent der Ackerfläche erfahren hat. Der Anteil könnte noch steigen. Das ist verständlich, weil die Biomasse sich gut zur Erzeugung von Gas als Rohstoff für die ebenfalls vom Staat geförderten Biogasanlagen und Biomasseheizkraftwerke zur Erzeugung von Strom und Wärme eignet.

Zudem bekommen die Landwirte auch für den Energiemais weiterhin die ursprünglich nur für die Nahrungsmittelerzeugung gedachten Subventionen von etwa 320 Euro je Hektar. Für den erzeugten Strom garantiert der Staat einen subventionierten Preis, der höher ist als der Preis, den der Verbraucher zur Zeit als Mischpreis von Strom aus Atomenergie, Wind, Wasser, Sonne, Kohle, Gas und Biomasse bezahlt.

Da der Strom aus Biomasse trotz Subventionen sehr teuer ist, werden die Strompreise mit der Zunahme weiter steigen. Darüber ärgern sich die Verbraucher; aber die Akzeptanz wird zunehmen, wenn damit Fortschritte im Klimaschutz tatsächlich erzielt werden. Ob das wirklich zu erreichen ist, lässt sich kalkulieren.

Der Mais soll etwa 90 Prozent der Bioenergie liefern, weil die Erträge an Biomasse in unserem Klima höher sind als von anderen Fruchtarten. Außerdem profitiert der Mais von der Klimaerwärmung, wenn ausreichend Wasser vorhanden ist.

Für die Erzeugung von Biomasse werden für Dünger, Pflanzenschutzmittel, Bodenbearbeitung, Anbau, Ernte, Transport usw. überwiegend Dieselmotoren und Strom aus fossilen Energieträgern eingesetzt. Weitere Probleme, die in der Öffentlichkeit bisher kaum Beachtung finden, sind die Ammoniak-Emissionen bei der Ausbringung des ausgegorenen Substrates. Die gülleähnliche Flüssigkeit enthält meistens mehr Stickstoff als Rindergülle und lässt bei der Ausbringung auch höhere Ammoniakverflüchtigung erwarten. Ammoniak ist ein klimaschädliches Gas mit Nachteilen für die Gesundheit des Menschen und für den Wald.

Die Bundesregierung hat deshalb im Genfer Luftreinhalteabkommen zugesichert, die Ammoniakemissionen bis zum Jahr 2010 um 17 Prozent zu reduzieren. Im Hinblick darauf bewirkt die Förderung der Biogaserzeugung genau das Gegenteil.

Förderung der Erzeugung von Biogas bewirkt das Gegenteil. Man muss zur Überzeugung gelangen, dass die Förderung des Anbaues nachwachsender Rohstoffe auf dem Ackerland mit dem Ziel der Erzeugung von Strom und Wärme im Hinblick auf den Klimaschutz und die Wirtschaftlichkeit nicht effektiv und damit ein Fehler der Politik ist. Die jetzt neu gebauten und vom Staat geförderten großen Anlagen laufen Gefahr, in einigen Jahren als Industriebrachen zum Abriss mit neuen Fördermitteln zu stehen.

Zukunftsorientiert erscheinen nur Anlagen, in denen aus Gülle und Abfällen zusätzlich Energie gewonnen wird und die Ausbringung des Gärrestes auf kurzem Weg erfolgt. Für die Landwirtschaftsbetriebe bringt der Verkauf der pflanzlichen Erzeugnisse an Betriebe der Energieerzeugung und die dadurch ausgelöste Preissteigerung von Getreide und Raps auch für Nahrungs- und Futtermittel im Moment eine bessere Wirtschaftlichkeit. Steigende Preise für Futter- und alle anderen Betriebsmittel (Energie) sowie Pacht und Bodenkauf werden den Vorteil bald wieder ausgleichen.

Wie in diesem Jahr bereits begonnen, steigen die Preise für pflanzliche Erzeugnisse weiter, besonders wenn der Anbau nachwachsender Rohstoffe bis auf in Schätzungen genannten Umfang von 30 Prozent der Ackerfläche zunimmt. Nahrungsmittel werden knapp und in der Marktwirtschaft selbstverständlich teurer.

Die Behauptung, es gäbe keine Konkurrenz um die Fläche zwischen Nahrungsmittel- und Energieerzeugung ist falsch. Der Preisanstieg für Getreide und Raps bringt bereits die Erzeuger von Ethanol und Biokraftstoff in große wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil der Preis, z.B. für Roggen von 8,5 Euro auf zur Zeit etwa 15 Euro je Dezitonne gestiegen ist. Ethanol ist bei dem Preis nicht mehr am Markt unterzubringen; wenn ein Brot um 20 Cent teurer wird, zahlt das der Verbraucher.

Die Gewinnung von Strom und Wärme direkt aus Sonnenenergie und Wind ohne den Umweg über die Pflanze ist für unseren Klimaraum die bessere Lösung. Deswegen sollten derartige Anlagen verstärkt gefördert und gebaut werden.

In der doch nur kurzen Wachstumsperiode können die Pflanzen auf dem Acker nur etwa drei Prozent der Sonnenenergie binden und benötigen für Anbau und Ernte bereits eine erhebliche Energiemenge. Nur der Wald weist wegen des geringen Energieersatzes eine positive Klima- und Energiebilanz auf. Moderne Photovoltaik-Anlagen versprechen, wenn sie einmal errichtet sind, für mehrere Jahrzehnte 26 Prozent Energieausnutzung.

Wahrheit ist nicht über Lobbyisten möglich. Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist wichtig, das durch den Anbau von Mais, Raps, Getreide und Zuckerrüben lösen zu wollen ist nicht der richtige Weg und führt, wie der "Preisschock" (SVZ berichtete) bei Lebensmitteln aufzeigt, zu neuen Problemen.

Ein Wort zum Schluss: Der vorliegende Text wird bei all denen, die Vorteile aus der Bioenergiewirtschaft erwarten, wenig Zuspruch finden. Die Politiker möchten Zustimmung zu ihren Entscheidungen hören und die Subventionen als ein Teil des Aufschwungs wirken sehen. Von den Subventionen hoffen viele eine Scheibe abzubekommen. Um der Wahrheit näher zu kommen, sollte man nicht das Wohlwollen von Arbeitgebern und Lobbyisten benötigen.

Der Autor war viele Jahre Dozent im Fachbereich Agrarwirtschaft der Universität Rostock, Fachgebiet Grünlandwirtschaft und Futteranbau.